

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2010

Antrags-Nr. 10-F-05-0006

Stadtbibliothek am Platz der deutschen Einheit!

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

Am 15. November 2007 faßte die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden den Beschluß Nr. 0468 - Stadtbibliotheken Wiesbaden: Projekt „Stabi2010“. Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Bericht der Projektgruppe zur Kenntnis. Die Kernaussagen dieses Berichts waren:

1. Die aktuellen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek im Weinandhaus sind sowohl in Bezug auf den Zustand des Gebäudes (Sanierungsstau) als auch hinsichtlich der verfügbaren Flächen nicht mehr ausreichend.
2. Ein Neubau - von vornherein konzipiert im Hinblick auf die spezifischen Nutzungsanforderungen einer öffentlichen Bibliothek - bietet ganz andere Chancen für die zentrale Stadtbücherei Wiesbaden. Dem Bibliothekspublikum könnte somit ein modernes Haus mit allen Vorzügen einer geräumigen, hellen und funktionalen Bibliothek geboten werden, nicht zuletzt mit moderner Heiz- und Lüftungstechnik.
3. Der Platz der deutschen Einheit bietet sich als Standort an. Die verkehrstechnische Anbindung ist optimal. Ein öffentliches Gebäude mit regem Besucherverkehr erfüllt alle Bedingungen, die aus stadtentwicklungspolitischer Hinsicht mit der Bebauung des Platzes der deutschen Einheit verbunden werden. Als Standort für ein in der Wahrnehmung der Bürgerschaft zentrales öffentliches Gebäude würde dem Platz eine entscheidende Rolle zugewiesen, die er über Jahrzehnte nicht ausfüllen konnte: Brückenfunktion zwischen Innenstadt und Westend sowie Identifikationsmerkmal der urbanen Gesellschaft. Der Platz und die umliegenden Quartiere wären Nutznießer einer kommunalen Einrichtung, die über den Tag verteilt, sechs Tage die Woche, einen regelmäßigen Besucherstrom anzieht. Selbst bei gleichbleibender Frequentierung der Bibliothek, also ohne Einrechnung der Steigerungsraten durch verbesserte Raumbedingungen, würde dies den Besuch von 1.400 Menschen pro Tag bedeuten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine zentrale Stadtbibliothek am Standort „Platz der deutschen Einheit“ aus.
- b) Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen und die Stadtbibliothek in dem „neu“ entstehenden Gebäudekomplex am Platz der deutschen Einheit zu realisieren.
- c) Sollte dies aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich bzw. dadurch die Realisierung des Gesamtprojektes am Platz der Deutschen Einheit stark gefährdet sein, wird der Magistrat beauftragt, umgehend eine neue Projektgruppe einzurichten, die - unter Berücksichtigung aller bisher gewonnenen Erkenntnisse - zeitnah einen neuen Vorschlag (möglichst mit Alternativvorschlägen und Abwägungskriterien) zur Unterbringung der Stadtbibliothek unterbreiten soll.

Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.11.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext des Antrages wird wie folgt geändert:

Punkt a) bleibt unverändert.

Punkt b) wird gestrichen und durch folgenden Text ersetzt:

'Der Magistrat wird aufgefordert, die planerischen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Stadtbibliothek mit einem Raumprogramm von ca. 3.500 qm im Bereich der geplanten gewerblichen Flächen am Platz der Deutschen Einheit unterzubringen'. (Punkt 1 des Beschlusstextes des Antrags von Bündnis 90 / Die Grünen "Projekt Platz der Deutschen Einheit und Standortfrage Stadtbibliothek" vom 2.11.2010; TO I, TOP 22).

Beschluss Nr. 0558

Die Beratung des Antrages der FDP-Stadtverordnetenfraktion einschließlich des Änderungsantrages der SPD-Stadtverordnetenfraktion wird auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2010 verschoben.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat V
Dezernat I
Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister